

FLUCHT

VERTREIBUNG

VERSÖHNUNG

KATALOG
ZUR STÄNDIGEN
AUSSTELLUNG

FLUCHT
VERTREIBUNG
VERSÖHNUNG

**DOKUMENTATIONS
ZENTRUM**



DOKUMENTATIONSZENTRUM

**FLUCHT
VERTREIBUNG
VERSÖHNUNG**

**KATALOG
ZUR STÄNDIGEN
AUSSTELLUNG**

HERAUSGEGEBEN VON DER STIFTUNG
FLUCHT, VERTREIBUNG, VERSÖHNUNG
SANDSTEIN VERLAG

7 ZUGANG ZU DIGITALEM KATALOGMATERIAL

8 VORWORT

12 EINFÜHRUNG IN DIE AUSSTELLUNG

EINE EUROPÄISCHE GESCHICHTE

30 NATION UND NATIONALISMUS

48 KRIEG UND GEWALT

66 RECHT UND VERANTWORTUNG

84 WEGE UND LAGER

104 ERINNERUNG UND KONTROVERSEN

122 VERLUST UND NEUANFÄNGE

DER ZWANGS MIGRATIONEN

144 DEUTSCHE EXPANSIONSPOLITIK

172 UMSIEDLUNGEN, EVAKUIERUNGEN UND FLUCHT

192 NEUORDNUNG DURCH VERTREIBUNGEN

238 FLÜCHTLINGE UND VERTRIEBENE
IN DEUTSCHLAND NACH 1945

262 ERINNERN UND GEDENKEN

278 GETEILTE GESCHICHTE.
EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG

294 ÜBER FLUCHT SPRECHEN:
PUBLIKUMSBETEILIGUNG IM FORUM

317 DANKSAGUNG

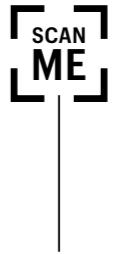
318 WEITERFÜHRENDE LITERATUR

329 AUTOREN- UND AUTORINNEN-
VERZEICHNIS

330 IMPRESSUM

SCAN

ME



**DIESER KATALOG IST
INTERAKTIV!**

Scannen Sie mit Ihrem Smartphone oder Tablet
den QR-Code und starten Sie die Anwendung.

Richten Sie nun Ihre Kamera auf Bilder mit dem
SCAN-ME-Logo. So gelangen Sie zu Filmen, Zeit-
zeugeninterviews, Tonspuren und zusätzlichen
Objektfotografien aus der Ständigen Ausstellung.





14



02



KRIEG UND GEWALT



Im 20. Jahrhundert drang kriegerische Gewalt stärker als je zuvor in den Alltag der Menschen ein. Mithilfe moderner Waffentechnik und Logistik bekämpften die Kriegsparteien nicht mehr nur die gegnerische Armee, sondern nahmen feindliche Gesellschaften insgesamt ins Visier. Damit richtete sich die Gewalt in Kriegen stärker als je zuvor gegen die Zivilbevölkerung. Für die Verantwortlichen war es während und nach einem Krieg wesentlich einfacher, unliebsame Teile der Bevölkerung zu vertreiben. Ganze Gesellschaftsgruppen wurden aufgrund ihrer nationalen, religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit zum Feind erklärt. Menschen wurden weltweit zur Flucht gezwungen, vertrieben und deportiert. Sie wurden Opfer sexueller Gewalt oder systematisch ermordet. Nationalistische oder rassistische Vorstellungen von einer homogenen Gesellschaft bildeten dafür die Grundlage. Dabei wurden Medien immer wieder zu wirkungsvollen Instrumenten, um die Gewalt vorzubereiten und zu rechtfertigen.

< TEIL DER LEITINSTALLATION

Die Objekte sind Zeugnisse von Kriegen und von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, ähnlich wie Beweisstücke in einer Asservatenkammer bei einem Gerichtsprozess.



BELGISCHER FLÜCHTLINGSTRECK

Belgien, 1914

Flucht vor Krieg und Gewalt

Kriege und politische Gewalt herrschaft sind die wichtigsten Auslöser dafür, dass Millionen Menschen fliehen müssen. Dabei können nach dem Krieg verschobene Grenzen, Jahrzehnte andauernde oder eingefrorene Konflikte eine zunächst als kurzzeitig gedachte Flucht zu einem langfristigen oder sogar dauerhaften Zustand werden lassen. Flucht ist eine universelle Erfahrung, die Menschen auf der ganzen Welt gemacht haben und immer noch machen.

Eine der ersten großen Fluchtbewegungen im 20. Jahrhundert löste der Erste Weltkrieg 1914 bis 1918 aus. Allein nach dem deutschen Angriff auf Belgien flohen 1,4 Millionen Menschen in die Niederlande, nach Frankreich oder Großbritannien. Gleichzeitig flüchteten 1914 eine halbe Million Deutsche aus Ostpreußen Richtung Westen. In diesem Weltkrieg erreichte die Gewalt von Armeen gegen die Bevölkerung der gegnerischen Seite, aber auch das gewaltvolle Vorgehen staatlicher Organe gegen die eigene Bevölkerung eine neue Dimension.

Im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945 erfuhr der Terror gegen Zivilpersonen erneut eine brutale Steigerung. Nach den beiden verheerenden Weltkriegen lösten die Stellvertreterkriege des Kalten Kriegs massive Fluchtbewegungen aus. Neben dem Vietnamkrieg 1955 bis 1975 und dem Krieg in Afghanistan 1979 bis 1989 zählt der Koreakrieg 1950 bis 1953 zu den größten indirekt ausgetragenen bewaffneten Konflikten zwischen den verfeindeten Blöcken USA und Sowjetunion. Dieser Krieg richtete sich in hohem Maße gegen die Zivilbevölkerung und führte

zu der bis heute anhaltenden Teilung des Landes in Nord- und Südkorea.

Der Koreakrieg und die Teilung des Landes trennten mehrere Millionen Menschen gewaltsam von ihren Familien. Kontakt zu Angehörigen im jeweils anderen Teil der Halbinsel war enorm schwierig oder bestand überhaupt nicht. 30 Jahre nach dem Waffenstillstand zeigte 1983 die südkoreanische TV-Sendung *Auf der Suche nach den vermissten Familienangehörigen*, dass viele Menschen in Südkorea immer noch nach Verwandten suchten. Zuerst war nur eine zweistündige Sendung mit weni-

gen Fällen geplant. Doch das Echo in der Bevölkerung war so groß, dass das Programm 138 Tage lang ausgestrahlt wurde. Über 10 000 Menschen fanden über das Fernsehen ihre Angehörigen wieder. Die UNESCO erklärte die Dokumentensammlung und die Filmaufnahmen der TV-Sendung 2015 zum Weltdokumentenerbe.

Oft überqueren Menschen auf ihrer Flucht keine Staatsgrenzen, sondern suchen zunächst Schutz und Sicherheit im eigenen Land. Sie hoffen, bald wieder nach Hause zurückkehren zu können. Weltweit gesehen stellen sie die größte Gruppe von Flüchtlingen

überhaupt. Laut UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, waren Ende des Jahres 2022 mehr als 62 Millionen Menschen in 35 Ländern *Binnenvertriebene*. Neben Kolumbien und Syrien gehörte die Ukraine zu den Ländern mit den meisten innerhalb des Landes vertriebenen Personen.

Russland annektierte bereits 2014 die Halbinsel Krim und unterstützte separatistische Gruppen im Osten der Ukraine, die gewaltsam die Unabhängigkeit der Regionen Donezk und Luhansk erreichen wollten. Diese Ereignisse zwangen Millionen von Menschen zur Flucht



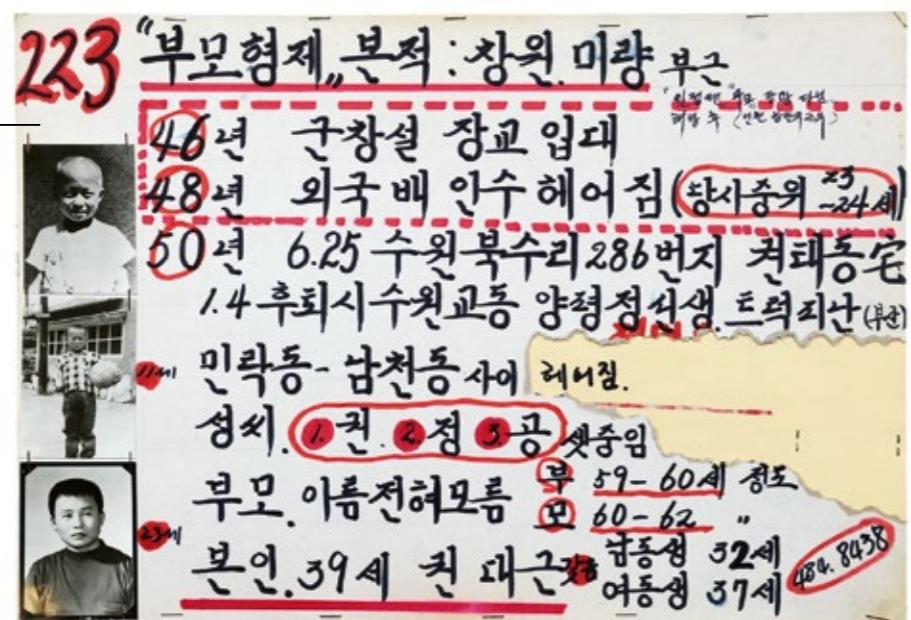
IM KRIEG GE SCHMOLZENES KELCHGLAS

Ukraine, 2014

In der Ostukraine bargen Bewohnerinnen und Bewohner eines zerstörten Dorfes 2014 aus den Trümmern ihres Hauses die Reste eines geschmolzenen Glases.



AUSSCHNITTE AUS DER SENDUNG
AUF DER SUCHE NACH DEN VER-
MISSTEN FAMILIENANGEHÖRIGEN



KARTEIKARTE ZUR SUCHE NACH VERMISSTEN ANGEHÖRIGEN

Seoul/Südkorea, 1983

Während der Sendung hielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Karteikarten hoch. Die Nummer links oben kennzeichnete einen bestimmten Fall, darunter war eine Kontakttelefonnummer angegeben.

und machten sie zu Vertriebenen im eigenen Land. Am 24. Februar 2022 griff Russland mit rund 150 000 Soldaten die gesamte Ukraine von Norden, Osten und Süden an. In den besetzten Gebieten vertrieben russische Truppen die Bevölkerung, die sich nicht zu Russland bekannte, oder nötigten sie zur Flucht. Ende des Jahres befanden sich fast sechs Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht. Darüber hinaus suchten mehr als fünf Millionen Schutz in europäischen Ländern wie Polen, der Slowakei, Ungarn, Österreich oder Deutschland.

Der russische Überfall auf die Ukraine 2022 wurde von Deportationen als Teil der Kriegsführung begleitet. Russische Truppen verschleppten systematisch Kinder und Jugendliche aus den besetzten ukrainischen Gebieten nach Russland. Dort wurden sie in Umerziehungslagern festgehalten. Wegen dieser Kriegsverbrechen hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag am 17. März 2023 Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin erlassen.

Vertreibung und Deportation als Kriegsstrategie

Vertreibungen und Deportationen sind oft ein Mittel der Kriegsführung, ein Druckmittel für spätere Friedensverhandlungen oder sogar das eigentliche Kriegsziel. Gerade in Kriegszeiten vertreiben oder deportieren Konfliktparteien systematisch vermeintlich feindliche Bevölkerungsgruppen – obwohl es nach internationalem Recht verboten ist. Militärische Notwendigkeit und die Sicherheit der eigenen Truppen erforderten dies, so begründen es Machtha-



WEGE UND LAGER

EINFÜHRUNGSMIL

SCAN
ME

ZEUG FÜR DIE REISE
FOR THE JOURNEY
Bender



Bilder von Flüchtlingstrecken und behelfsmäßigen Lagern kehren seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder. Wer flieht oder vertrieben wird, verlässt seine Heimat auf unbestimmte Zeit. Nicht selten ist eine Rückkehr auch nach Jahren des Wartens nicht möglich. Dann ist das Zuhause endgültig verloren. Menschen fliehen einzeln oder in Gruppen. Sie werden systematisch vertrieben oder verlassen ihr Heim in größter Eile. Dabei werden oft Familien und andere Gemeinschaften auseinandergerissen. Unabhängig von Ort und Zeit eint alle Flüchtlinge und Vertriebenen die Suche nach Schutz und Sicherheit. Dafür nehmen sie lebensgefährliche Wege auf sich. Erreichen sie ihr Ziel, harren sie oft monate- oder jahrelang in provisorischen Unterkünften und Flüchtlingslagern aus.

◀ BLICK IN DIE VITRINE

Milchtopf der Familie Zimmermann (Flucht aus Pommern 1945), Spielzeugflugzeug von Anton Bender (Spätaussiedlung aus Kasachstan 1990) und ein auf einem Rettungsboot zurückgelassener Schuh (Mittelmeer 2016).

Aufbruch ins Ungewisse

Jeder Aufbruch ist anders. Das Ereignis selbst ist wohl für die meisten einschneidend und hinterlässt tiefe Spuren. Was macht ihn aus, diesen bestimmten Moment, wenn Menschen gezwungen sind, ihr Zuhause zu verlassen? In der Regel gibt es nur wenige Zeugnisse davon. Es kann eine behördliche Anweisung sein, die Zwangsmigration anordnet oder koordiniert. Manche Menschen notieren hastig wichtige Dinge auf einer Liste, um sie nicht zu vergessen. Anderes steht wiederum für die Hoffnung auf eine Rückkehr, wie der Schlüssel zur Wohnung oder zum eigenen Haus. Manchmal gibt das Gepäck Auskunft über die Umstände des Aufbruchs. Blieb vor der Flucht oder Vertreibung genügend Zeit zum Packen? Ließ sich etwas vorausschicken? Fast immer schrumpft ein ganzer Hausstand auf wenige Gegenstände zusammen. Ist es wichtiger, Proviant und Kleidung einzupacken oder die Familienfotos? Menschen stehen dann vor der schmerzhaften Aufgabe, entscheiden zu müssen, was sie mitnehmen und was sie, wahrscheinlich für immer, zurücklassen.

Radmila Erceg hatte vor ihrer Flucht keine Zeit zu packen. Sie konnte sich mit ihrem Mann und ihren beiden Töchtern gerade noch vor den bosnisch-serbischen Truppen in Sicherheit bringen. Als 1991 der Krieg in Jugoslawien ausbrach, lebte sie mit ihrer Familie in der Gemeinde Zvornik in Bosnien und Herzegowina. Ihr Mann hatte einen muslimischen und sie einen serbisch-orthodoxen Hintergrund. Vor dem Krieg gab es in Bosnien und Herzegowina kaum ethnisch homogene Gemeinden. Wie Radmila Erceg und ihr Mann waren viele Menschen über ethnische und religiöse Grenzen hinweg verwandtschaftlich miteinander verbunden. Im Frühjahr 1992 besetzten bosnisch-serbische Truppen das an der Grenze zu Serbien liegende Zvornik. Sie vertrieben, misshandelten oder ermordeten die muslimische Bevölkerung.

Die Familie Erceg rettete sich zu Freunden ins 150 Kilometer entfernte Novi Sad. Kurze Zeit später kehrte Radmila Erceg unter Lebensgefahr noch einmal nach Hause zurück, um ihrer Schwiegermutter und ihrer Schwägerin bei der Flucht zu helfen. Außerdem wollte sie einige persönliche Gegenstände holen, die ihr Mann auf einem gelben Zettel aufgelistet hatte.

- FILMOVU
- VIDEO KASSETE
- MUZICKEE KASSETE-AVIA
- TRANZISTOR+ISPRAVNUĆ
- ISPRAVNUĆ PUNIĆ BAREMA
- RJESENJE KUĆE U SARAJEVU
- RJESENJE ZA SAKAR
- ALBUMI
- DJECIJI N.
- RADINA DIPLOMA

NOTIZZETTEL VON RADMILA ERCEG

Zvornik/Bosnien und Herzegowina, 1992

Der gelbe Notizzettel führt wichtige Dokumente auf, wie Radmila Ercegs Diplomurkunde und den Eigentumsnachweis für ein Haus in Sarajevo. Auch praktische Dinge wie ein Radio und ein Batterieladegerät gehörten zu dem Wenigen, was sie mitnahm. Von größerer Bedeutung aber waren für sie die persönlichen Dinge, die sie an ihr Leben vor der Flucht erinnerten: Video- und Musikkassetten, Kinderschmuck, Filme und Fotos von der Familie sowie ein Tonband, auf dem die Stimme ihrer jüngsten Tochter zu hören ist.

Gegenstände wie die, die Radmila Erceg mitgenommen hat, erinnern nicht nur an ein friedliches Leben. Sie stehen auch stellvertretend für den großen Verlust, den Flucht oder Vertreibung mit sich bringen. Nicht nur Hab und Gut gehen verloren, sondern auch Angehörige, Freunde, die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, der soziale Status, ein ganzes Land, das Heimat gewesen war. Menschen auf der Flucht werden auf dem gefährlichen Weg, den sie gehen müssen, auf das bloße Überleben zurückgeworfen.

Gefahrvolle Wege

Welcher Weg ist auf der Flucht zu wählen, um das Ziel »Sicherheit« zu erreichen? Die Entscheidung für eine bestimmte Route ist folgenschwer, denn sie kann Gefahren und Unwägbarkeiten mit sich bringen. Auf ihrem risikanten Weg erleiden Betroffene häufig große Angst und sind der Willkür Anderer ausgesetzt. So unterschiedlich die Ursachen von Flucht und Vertreibung auch sind – die Probleme, vor denen Menschen fern ihrer Heimat stehen, ähneln sich über Zeit und Raum hinweg. Viele werden auf ihrem beschwerlichen Weg bedroht und erfahren Gewalt.

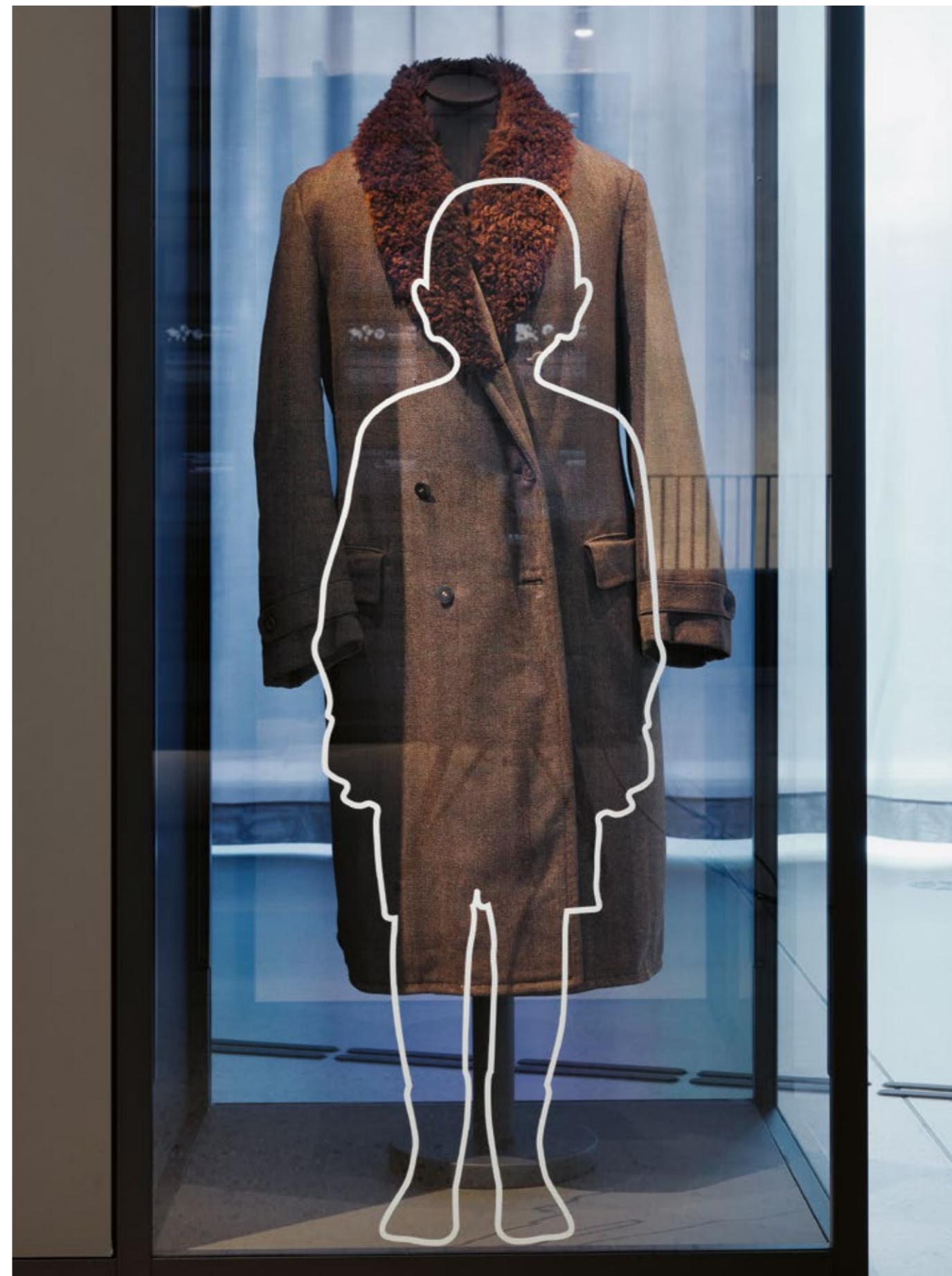
Frauen auf der Flucht sind in hohem Maß von sexuellen Übergriffen betroffen. Kinder sind besonders verletzlich. Sie leiden vor allem darunter, plötzlich aus ihrer vertrauten Umgebung und ihrem gewohnten Alltag gerissen zu werden.

Die erschütternden Erfahrungen, die der siebenjährige Eitel Koschorreck während des Zweiten Weltkriegs auf der Flucht machte, gruben sich nachhaltig in sein Gedächtnis. Seine Familie lebte im ostpreußischen Masuchowken (1936–1945 Rodental). Im Januar 1945 hatte der sowjetische Vormarsch Ostpreußen vom Deutschen Reich abgeschnitten. Die einzige Möglichkeit, vor der Roten Armee zu fliehen, führte über einen der Ostseehäfen. Um dorthin zu gelangen, brachte Eitels Mutter ihn und seine

Geschwister auf Schlitten der Pferdetrecks unter und ging selbst zu Fuß. Sie hüllte ihren Sohn in einen für ihn viel zu großen Fellmantel, um ihn vor der eisigen Kälte zu schützen. Wochenlang zogen sie im tiefsten Winter Richtung Ostsee, bis die Mutter im März 1945 starb.

Eitel kam zusammen mit seinen beiden älteren Schwestern in ein Kinderheim in Neukloster bei Wismar in Mecklenburg-Vorpommern. Sein Vater kehrte 1946 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück und zog mit den Kindern nach Straußberg in Thüringen. Eitel kehrte zeitlebens nie an die Ostsee zurück. Er fürchtete die Erinnerung an Tod und Elend.

Zu den vielen Hindernissen auf der Flucht gehören auch Grenzen zwischen Staaten. An diesen entscheiden in der Regel Andere, ob und wie der Weg weitergehen kann. Ab Februar 2015 etwa entdeckten Schutzsuchende aus Syrien oder Afghanistan die Möglichkeit, über die russisch-norwegische Grenze nach Norwegen und damit in den Schengen-Raum zu gelangen. Sie nahmen Schnee und Eis auf dem Landweg in Kauf, um der lebensgefährlichen Fahrt über das Mittelmeer zu entgehen. Nach russischen Vorschriften aber durfte der Grenzübergang nicht zu Fuß erfolgen. Deshalb kauften sich viele in Russland Fahrräder und warfen diese dann oft direkt nach dem Grenzübergang weg.



FELLMANTEL VON EITEL KOSCHORRECK

Masuchowken (1936–1945 Rodental)/Deutsches Reich, vor 1945

VON DER GRENZPOLIZEI EINGESAMMELTE
FAHRRÄDER AN DER RUSSISCH-NORWEGISCHEN GRENZE

Storskog/Norwegen, 2015

FOTOSERIE GRENZÖFFNUNG ALS
AUSSENPOLITISCHES DRUCKMITTELSCAN
ME

Kurz darauf riegelte Norwegen seine Grenze zu Russland mit einem Zaun ab. Solche Grenzschiebungen sind keine Seltenheit. Ende 2022 umgaben den EU-/Schengen-Raum 19 Grenzanlagen mit einer Gesamtlänge von über 2000 Kilometern. Die zum Teil meterhohen Zäune und Mauern waren teilweise mit Kameras, Bewegungsmeldern und Stacheldraht ausgestattet.

Grenzöffnungen hingegen können zum außenpolitischen Druckmittel werden. 2016 hatte sich die Türkei in einem Abkommen mit der Europäischen Union (EU) dazu verpflichtet, Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Im Gegenzug unterstützte die EU das Land finanziell. Doch im Februar 2020 setzte die türkische Regierung das Abkommen aus und öffnete die Grenze für

Flüchtlinge in Richtung Europäische Union. Die Aktion diente dazu, den außenpolitischen Druck auf die EU zu erhöhen. Die Türkei forderte Hilfe bei der Aufnahme der Millionen von Menschen, die vor dem syrischen Bürgerkrieg in das Nachbarland flohen.

Nach der türkischen Grenzöffnung zogen Tausende zur griechischen Grenze. Doch Griechenland lehnte ihre Aufnahme ab. Griechische Sicherheitskräfte setzten Wasserwerfer und Tränengas ein, um die Schutzsuchenden teils brutal am Grenzübergang zu hindern. Die zurückgedrängten Menschen mussten im Winter ohne sanitäre Einrichtungen und Nahrung an der Grenze zu Griechenland ausharren. Diese sogenannten *Push-backs*, bei denen Flüchtende gewaltsam an der Grenze zurückgeschickt werden, und zwar bevor sie die Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen, sind rechtswidrig. Sie verstößen gegen geltendes Völkerrecht, das Menschen das Recht einräumt, Asyl zu beantragen.

Neben Grenzen haben Kriegsverläufe einen großen Einfluss auf die Fluchtwege, da Schutzsuchende Gebiete möglichst meiden, in denen es Kampfhandlungen gibt. Natürliche Hindernisse wie Gebirge oder Gewässer stellen zusätzliche Gefahren dar. Besonders gefährlich ist zu allen Zeiten die Flucht über das Meer gewesen. Symbolische Bedeutung für die verzweifelte Notlage bei der Flucht über das Mittelmeer erlangte im September 2015 das Foto des kleinen Alan Kurdi. Das Bild zeigt den Jungen tot am Strand der türkischen Küste liegend. Alans Familie war auf der Flucht vor dem syrischen Bürgerkrieg und hatte versucht, in einem überfüllten Schlauchboot von der

Türkei nach Griechenland zu gelangen. Mit dem Foto tauchten ein Gesicht und ein Name aus der Menge der Ertrunkenen auf. Wie ein Weckruf ging es um die Welt.

Neben den oft wenig seetauglichen Booten ist die komplizierte Orientierung auf dem Wasser die größte Gefahr. Allzu oft sind Menschen auf der Flucht dafür unzureichend ausgestattet. Das Schiff MS Aquarius der Hilfsorganisation SOS Méditerranée rettete von 2016 bis 2018 Schiffbrüchige im Mittelmeer. Im Sommer 2016 nahm das Schiff Menschen von einem Holzboot etwa 25 Meilen vor der libyschen Küste auf.

Sie brachten einen analogen Kompass mit an Bord. Der Kapitän der Aquarius, Alexander Moroz, bewahrte das Instrument auf.

Es handelt sich um ein einfaches Massenprodukt aus China mit einem Stromanschluss für die Beleuchtung. Eine Bestimmung des Kurses ist damit nicht möglich. Zusätzlich muss die eigene Position bekannt und eine Karte zur Orientierung vorhanden sein, was selten der Fall ist. Flüchtlingsboote kommen deshalb oft vom Kurs ab und treiben tagelang auf offener See. Für die Betroffenen ist die Hilfe durch Rettungsmissionen daher überlebenswichtig.



ANALOGER KOMPASS

China, um 2015



LAGER ZAATARI

Zaatari/Jordanien, 2013

1943 begann der Rückzug deutscher Truppen an der Ostfront.

Damit setzte auch die millionenfache Zwangsmigration Deutscher ein, die in der deutschen Erinnerung mit dem Wortpaar Flucht und Vertreibung umschrieben wird.

Wenn in diesem Zusammenhang von Deutschen die Rede ist, so sind Bürgerinnen und Bürger des Deutschen Reichs wie auch Angehörige der in Ostmittel- und Südosteuropa lebenden deutschsprachigen Minderheiten gemeint.

Bis zum Kriegsende im Mai 1945 bedingte der Kriegsverlauf unterschiedliche Bevölkerungsbewegungen, die von der behördlich angeordneten Evakuierung bis zur selbstorganisierten Flucht reichten. Diese sicherlich dramatischste Phase von Flucht und Vertreibung kostete infolge von Gewalt, ungünstigen Witterungsverhältnissen, Entkräftung und schlechter Versorgung Hunderttausenden das Leben.

< GROSSEXPOUNTE

Bei der Evakuierung aus Erdevik/Jugoslawien im Oktober 1944 genutzter Wagen und Kiste der donauschwäbischen Familie Ferger.

Allerdings war es die Siedlungs- politik des nationalsozialistischen Deutschlands, die schon ab 1939 für umfangreiche Bevölkerungsverschiebungen gesorgt hatte. Den Auftakt bildete die Aktion *Heim ins Reich*, die im Graubereich zwischen Freiwilligkeit und Zwang durchgeführt wurde. Diese Umsiedlungen leiteten bereits ab 1939 das Ende vieler deutschsprachiger Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa ein.

Heim ins Reich: Nationalsozialistische Umsiedlungen

Die vom NS-Staat unter dem Schlagwort *Heim ins Reich* durchgeführten Umsiedlungen hatten das vorrangige Ziel, die von Deutschland annexierten polnischen Gebiete zu germanisieren. Am 28. September 1939 vereinbarten Deutschland und die Sowjetunion in einem vertraulichen Protokoll zum Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag die Umsiedlung deutscher Minderheiten aus den sowjetischen Interessensgebieten in den deutschen Einflussbereich. Für die Organisation und Durchführung der Um- und Ansiedlung waren die *Volksdeutsche Mittelstelle* (VoMi) und die *Einwandererzentralstelle* (EWZ) zuständig. Die Ansiedlung erfolgte zumeist im Warthegau,



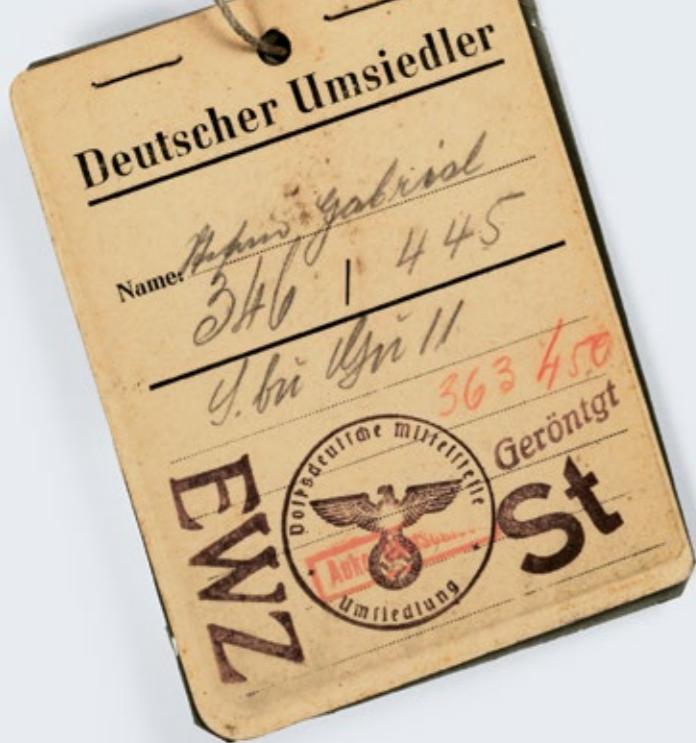
PROPAGANDA FÜR KINDER: *TIPP UND TAPP*

Berlin/Deutsches Reich, 1941

Die mit der Umsiedlung beauftragte *Volksdeutsche Mittelstelle* wollte auch Kinder erreichen. Sie gab einen der ersten deutschen Comics in Auftrag. Er erzählt die Geschichte eines Jungen aus Wolhynien, der sich mit seinem Dackel auf den Weg »heim ins Reich« macht.

in Danzig-Westpreußen und Oberschlesien. Den Anfang machte 1939 und 1940 die Umsiedlung von Deutschbaltinnen und Deutschbalten aus Estland und Lettland. 1940 kamen Deutsche aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen (Galizien, Narewgebiet und Wolhynien) sowie aus der Nordbukowina und Bessarabien hinzu, die ebenfalls sowjetisch besetzt waren. Aufgrund eines Abkommens zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien wurden zudem Deutsche aus der Südbukowina und der Dobrudscha umgesiedelt. Es folgten schließlich Anfang März 1941 Litauendeutsche und sogenannte *Nachumsiedler* aus Estland und Lettland. Insgesamt wurden bis Juni 1941 auf der

Basis zwischenstaatlicher Verträge rund eine halbe Million Deutsche ins Reich und in die annexierten Gebiete umgesiedelt. Die Bereitschaft zur Umsiedlung war bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen zumeist hoch, denn sie fürchteten sich vor politischen Repressionen und Enteignungen durch die Sowjetmacht. Doch auch ein stark idealisiertes Deutschlandbild trug mit dazu bei, dass viele die Umsiedlung als alternativlos ansahen. Die nationalsozialistische Propaganda inszenierte *Heim ins Reich* als epochales Großereignis und organisatorische Meisterleistung, obgleich die Aktion für die Betroffenen mit unzumutbaren Verzögerungen und Härten verbunden war.



KENNKARTE FÜR DEUTSCHE UMSIEDLER

Gura Humora (Gura Humorului)/Rumänien, 1940

Beim Transport trugen die Umzusiedelnden eine Kennkarte mit persönlicher Nummer und Stempeln über gesundheitliche Untersuchungen. Der Inhaber dieser Karte wurde aus der Südbukowina nach Oberschlesien umgesiedelt.

Nach der Aussiedlung aus ihren Herkunftsgebieten mussten die meisten Umsiedlerinnen und Umsiedler sich zunächst in Lagern der EWZ rassisch, medizinisch und politisch untersuchen lassen. Vom Untersuchungsergebnis hing ab, ob ihre Ansiedlung im Osten erfolgte, wo ihnen Land und Besitz in Aussicht gestellt wurde, oder ob sie ins Altreich kamen. Letzteres war in der Regel mit einem sozialen Abstieg verbunden, da die Betroffenen dort der Einsatz als billige Arbeitskräfte erwartete. Zudem waren sie schneller für den Militärdienst verfügbar. Personen, die als fremdvölkisch oder rassisch unerwünscht eingestuft wurden, drohte die Rückführung in ihre Herkunftsänder oder die Deportation ins Generalgouvernement. Wurden vermeintlich erbliche Krankheiten beziehungsweise geistige oder körperliche

»ERFASSST UND IN KATEGORIEN EINGETEILT«

Alfons Adam
Kurator

»DIE KONTROLLE ÜBER DAS EIGENE SCHICKSAL VERLIEREN«

Horst Köhler
Bundespräsident a.D., dessen Eltern aus Bessarabien stammen

»DREI DIMENSIONEN DER UMSIEDLUNG«

Isabel Heinemann
Historikerin

Einschränkungen festgestellt, so gerieten die Betroffenen schnell in den Sog sogenannter erbgesundheitspolitischer Maßnahmen, die von der Hospitalisierung bis hin zum Patientenmord reichten.

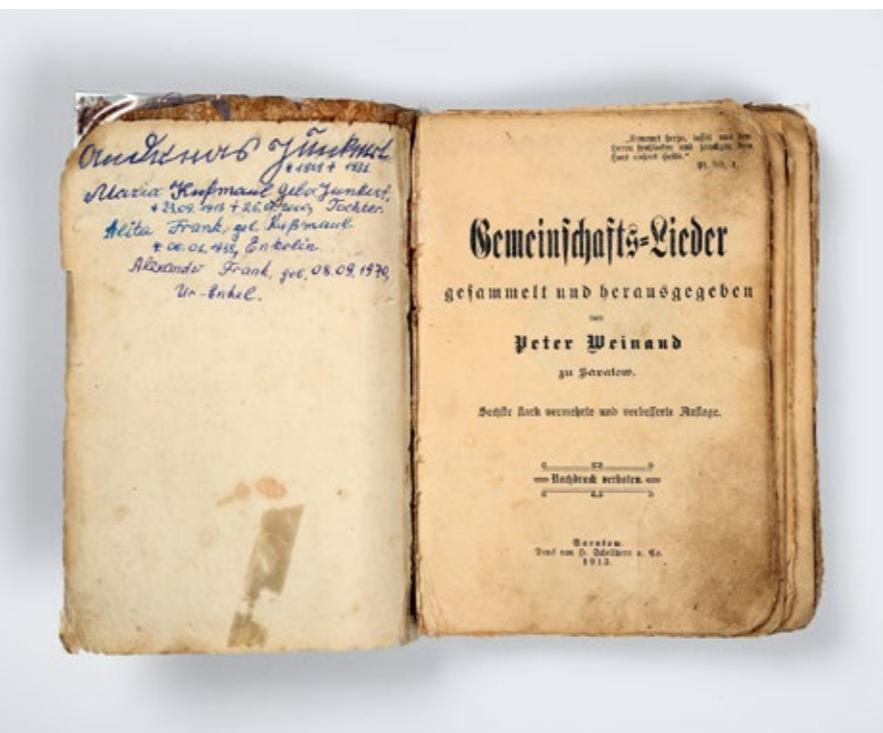
Der Ansiedlungsprozess war mit langen Wartezeiten im Lager, unzulänglicher Betreuung seitens der NS-Behörden und der Auflösung gewohnter sozialer Strukturen und Bindungen verbunden. Für viele standen zudem die versprochenen Hofstellen nicht zur Verfügung und sie mussten über Jahre im Provisorium eines Lagers ausharren. Nur etwa die Hälfte der Umgesiedelten bekam Haus und Hof zugeteilt und profitierte damit von der vorausgegangenen Vertreibung und entschädigungslosen Enteignung der polnischen und jüdischen Bevölkerung.

Trotz der unterschiedlichen Erfahrungen je nach Herkunft, Zeitpunkt und Umständen der Umsiedlung teilten diese Menschen bei Ende des Kriegs das Schicksal von Flucht, Vertreibung und erneuter Unterbringung in Lagern. Für viele entwickelte sich die von den NS-Behörden initiierte Umsiedlung zu einer jahrelangen Odyssee – etwa für die Familie Schiller aus Litauen. Im Sommer 1941 wurde sie in einem Sonderzug umgesiedelt. Neben dem Transport diente der Zug als fahrende Behörde, die die Einbürgerungsformalitäten der Umsiedlerinnen und Umsiedler unterwegs erledigte. Über die ethnische Zugehörigkeit der Schillers waren sich die deutschen Beamten aber unsicher: Waren sie Deutsche oder Litauer? Sie erhielten nicht die deutsche Staatsbürgerschaft und kamen auch nicht in die annexierten polnischen Gebiete, sondern stattdessen in die Kleinstadt Bütow in Pommern. Familienvater Georg Schiller nahm dort eine Stelle bei der Reichsbahn an. Im Februar 1945 floh die Familie vor

der heranrückenden Front zum Ostseehafen Gdingen (Gdynia, 1939–1945 Gotenhafen). Dort wurde sie getrennt. Während Anna Schiller mit dem jüngeren Sohn Hans per Schiff nach Dänemark gelangte, kam Georg Schiller mit Sohn Eduard nach Swinemünde. Erst im Oktober 1948 fand die Familie wieder zusammen.

Deportationen, Flucht und Evakuierungen beim Rückzug an der Ostfront

Nach der deutschen Niederlage in Stalingrad Anfang 1943 begann die Wehrmacht, sich an der Ostfront zurückzuziehen. Dieser Rückzug war von Zwangsrekrutierungen, Deportationen und Evakuierungen der Zivilbevölkerung begleitet. Ab Herbst 1943 evakuierten NS-Behörden parallel zum militärischen Rückzug Hunderttausende Deutsche hauptsächlich aus der Ukraine und dem Schwarzwäldergebiet ins Altreich und in den Warthegau. Hier wurden sie Anfang 1945 von sowjetischen Truppen eingeholt. Diese deportierten sodann diejenigen Russlanddeutschen, denen die weitere Flucht nach Westen nicht gelang, zurück in die Sowjetunion, nach Sibirien und Kasachstan. Maria Kußmaul war im März 1944 mit ihren beiden Töchtern Ella und Alita und ihrer Schwiegermutter Elisabeth aus dem Gebiet Odessa in den Warthegau geflüchtet. Von dort verschleppten sie die sowjeti-



RUSSLANDDEUTSCHES GESANGBUCH

Saratow/Russisches Kaiserreich, 1913

Für Maria Kußmaul aus dem Gebiet Odessa war das Gesangbuch ein wichtiges Andenken an ihren Vater. Er wurde 1929 als Großbauer (Kulak) von der sowjetischen Geheimpolizei nach Archangelsk deportiert und starb dort. Maria gelang es, trotz eigener Flucht und Deportation, das Gesangbuch zu retten. 1976 brachte sie es bei ihrer Aussiedlung aus der Sowjetunion mit nach Deutschland.

schen Behörden zurück in die Sowjetunion und brachten sie in die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Komi. Als Sondersiedler wurden sie dort unter polizeiliche Aufsicht gestellt und mussten schwere Arbeit in der Waldwirtschaft leisten.

Neben den Evakuierungen der deutschen Bevölkerung rekrutierten deutsche Dienststellen und die Wehrmacht weiterhin auch sowjetische Bürgerinnen und Bürger zur Zwangsarbeit und schafften sie nach Westen. Zugleich ließen sie arbeitsunfähige Alte und Kranke sowie Frauen mit Kleinkindern unversorgt zurück. In der Nähe des belarussischen Dorfes Osaritschi errichtete die Wehrmacht im März 1944 einen Komplex aus drei improvisierten Lagern, in denen unter freiem Himmel mehr als 40 000 Menschen eingepfercht wurden. In nur einer Woche kamen dort mindestens 9 000 von ihnen ums Leben.

FAMILIE KOCUR

Anna und Theodor Kocur lebten in einem Dorf bei Lemberg (polnisch Lwów, ukrainisch Lwiw) in Ostpolen und gehörten dort der ukrainischen Minderheit an. Seit 1920 besaßen sie einen großen Bauernhof, der mit der Besetzung der Region durch sowjetische Truppen 1939 beschlagnahmt wurde. Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 kam die Region unter deutsche Herrschaft.

DAS EHEPAAR ANNA UND THEODOR KOCUR

Yonkers/USA, 1963



Displaced Persons nach Heimatverlust

Die Familie Kocur kehrte auf ihren Hof zurück. Bei der sowjetischen Rückeroberung im Herbst 1944 flohen die Kocurs mit ihren vier Kindern nach Westen, da sie sowjetische Repressionen und eine erneute Enteignung fürchteten. Unterwegs wurden sie von deutschen Behörden aufgegriffen und zur Zwangsarbeit ins österreichische Linz deportiert. Anfang 1945 überführte man sie nach Berlin ins Zwangsarbeiterlager in Schöneweide.

Während die Eltern und der älteste Sohn hier in der Batteriefabrik Pertrix arbeiten mussten, blieben die beiden jüngeren Kinder im Lager sich selbst überlassen. Bei einem Luftangriff am 22. Februar 1945 konnten die Kocurs fliehen. Es gelang ihnen, sich nach Bayern durchzuschlagen, wo sie im April 1945 von US-amerikanischen Truppen befreit wurden. Eine Rückkehr in die Heimat, die mittlerweile Teil der Sowjetunion war, kam für die Kocurs nicht in Frage, sie sahen ihre Zukunft vielmehr in den USA.

Ihnen gelang die Anerkennung als *Displaced Persons* (DPs), also als Personen, die während des Kriegs aus ihrem Heimatland verschleppt worden waren und sich bei Kriegsende in Deutschland aufhielten. Die Familie verbrachte vier Jahre in verschiedenen DP-Lagern, ehe sie 1949 in die USA ausreisen durfte.¹

¹ <https://www.dz-ns-zwangarbeit.de/zeitzeugenarchiv//video/kocur-maria-und-theodor/>, Zugriff: 19.6.2023.

426145		13-12-46		A.E.F. D.P. REGISTRATION RECORD		793816	
Original <input checked="" type="checkbox"/>		Duplicate <input type="checkbox"/>		M. <input type="checkbox"/> Single <input checked="" type="checkbox"/> Married <input type="checkbox"/>		F. <input checked="" type="checkbox"/> Widowed <input type="checkbox"/> Divorced <input type="checkbox"/>	
KOCUR SOFIE		Other Given Names		(3) Sex		(4) Marital Status	
19. IV. 1935. TOPILNYCIA SAMBOR POLAND		Gr. cath		(5) Claimed Nationality		(8) Number of Accompanying Family Members: 45	
(6) Birthdate Birthplace		Province		Country		(7) Religion (Optional)	
(9) Number of Dependents: TEDDOR KOCUR		(10) Full Name of Father		(11) Full Maiden Name of Mother		(12) DESIRED DESTINATION	
(13) LAST PERMANENT RESIDENCE OR RESIDENCE JANUARY 1, 1938.		TOPILNYCIA SAMBOR · POLAND		(14) Usual Trade, Occupation or Profession		(15) Performed in What Kind of Establishment	
City or Village Province Country		City or Village Province Country		(16) Other Trades or Occupations		(17) Languages Spoken in Order of Fluency	
School - girl		UKRAINIAN POLISH		(18) Do You Claim to be a Prisoner of War		(19) Amount and Kind of Currency in your Possession	
a. b. c.		(20) Signature of Registrant: Sofia Kocur		(21) Signature of Registrar: nevay		Date: 12. XII. 45 Assembly Center No. 92-269	
(22) Destination or Reception Center: FORCHHEIM		(23) Code for Issue 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28		Name or Number		(24) REMARKS Father THEODOR MOTHER ANNA SISTER TEDDOR	
(24) REMARKS Father THEODOR MOTHER ANNA SISTER TEDDOR		(25) Id. Card validated on 13-12-46		(26) Case No. 2 of parents		DP-2 16-00781-1	

DISPLACED PERSON-REGISTRIERUNG VON SOFIE KOCUR

Forchheim/Amerikanische Besatzungszone Deutschlands, 12.12.1945

Um nach Kriegsende in die USA auswandern zu können, benötigte die Familie Kocur die Anerkennung als *Displaced Persons* (DPs).

Das nördliche Ostpreußen unter sowjetischer Herrschaft

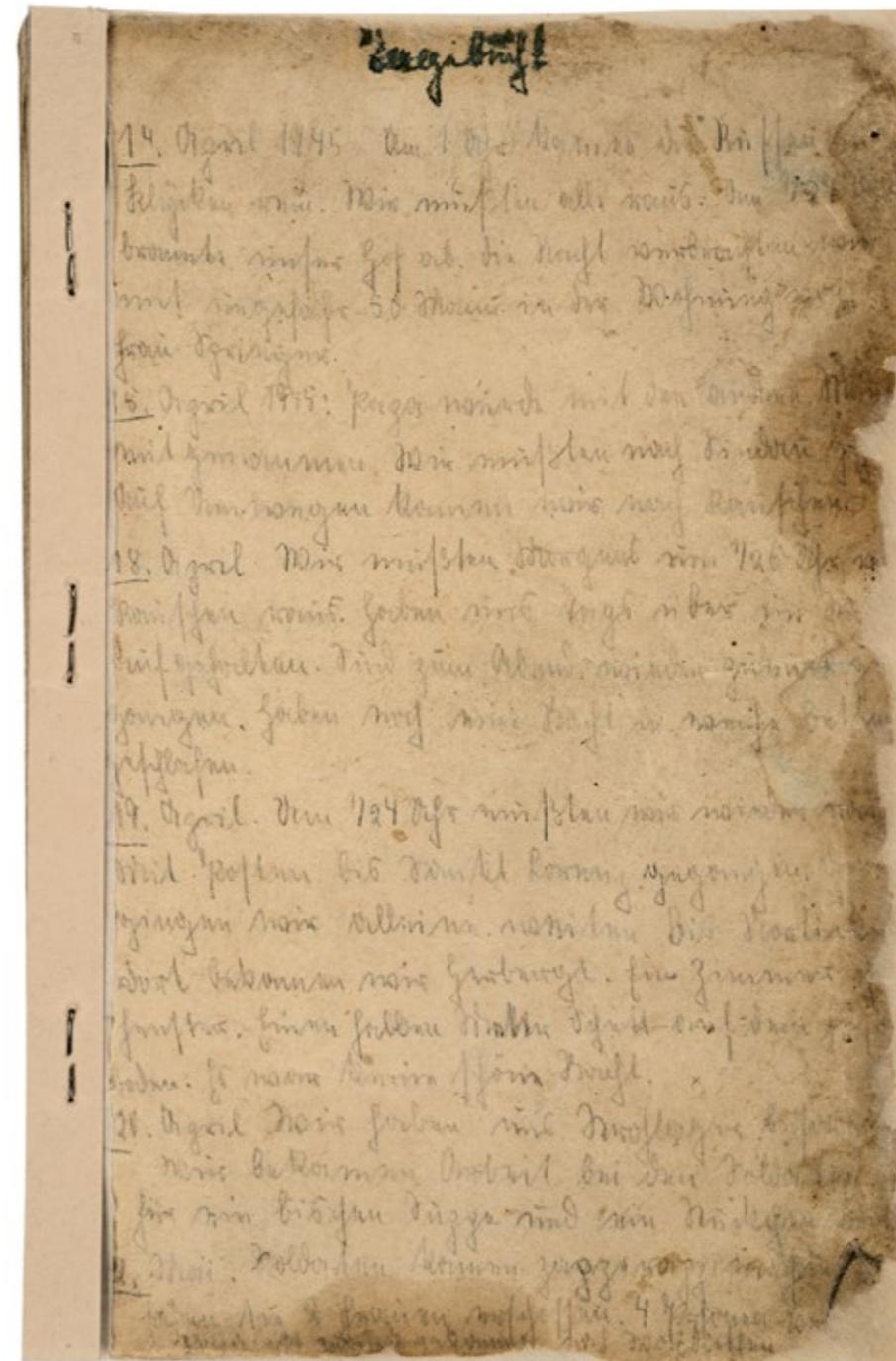
Infolge des Potsdamer Abkommens wurde Ostpreußen zwischen der Sowjetunion und Polen aufgeteilt. Der nördliche Teil wurde 1946 als Kaliningrader Gebiet der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) angegliedert und das Memelland der Litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Der größere südliche Teil kam unter polnische Verwaltung. Anders als für die Deutschen in Polen trafen die Alliierten in Bezug auf die deutsche Bevölkerung des sowjetischen Teils keinerlei Vereinbarungen.

Da die Sowjetunion kein Interesse daran hatte, ein menschenleeres Gebiet zu übernehmen, forderte das sowjetische Militär jene Flüchtlinge, die im Winter und Frühjahr 1944 bis 1945 von der Roten Armee überrollt worden waren, zur Rückkehr in ihre Heimatorte auf. Viele kehrten nach Ende der Kampfhandlungen auch auf eigene Initiative zurück. Bereits im Februar 1945 begann die Rote Armee, auch aus Ostpreußen arbeitsfähige Erwachsene ins Innere der Sowjetunion zu verschleppen. Als Rechtsgrundlage diente ein auf der Konferenz von Jalta gefasster Beschluss, deutsche Arbeitskräfte für Reparationsleistungen einzusetzen. Schätzungsweise

44 000 Menschen wurden nach Sibirien, in den Ural oder in den hohen Norden der Sowjetunion gebracht, wo sie in Bergwerken oder im Eisenbahnbau arbeiten mussten. Ab 1946 wurden viele von ihnen gesundheitsbedingt in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) entlassen, die letzten kehrten Anfang der 1950er-Jahre zurück.

Im Herbst 1945 lebten noch etwa 140 000 Deutsche im nördlichen Teil Ostpreußens. Ihr Leben war fortan von strenger Arbeitspflicht, Aus- und Umquartierungen, eingeschränkter Bewegungsfreiheit und häufig auch Gewalt geprägt. Der Hunger war allgegenwärtig. Besonders im Winter 1946/47 starben überproportional viele einheimische Deutsche an Entkräftung, aber auch Epidemien wie Typhus und Malaria. Ein eindrucksvolles und zugleich bedrückendes Dokument dieser Zeit ist das Tagebuch von Charlotte Schmolei. In einem einfachen Rechnungsbuch notierte die junge Frau aus dem Samland von April 1945 bis November 1947, was sie erlebte und bewegte. Der tägliche Hunger, die schwere körperliche Arbeit in einer Militärsowchose, Krankheit und Sterben sind die bestimmenden Themen. Sie schreibt auch über Plünderungen, Vergewaltigungen, ihre Angst und die Sehnsucht nach Sicherheit. Viele ihrer Gedanken kreisen um das nackte Überleben:

»9. Februar 1947 – Jutta Podack ist nun auch gestorben. Willi Linda ist gestern auf der Straße liegen geblieben. Auch schon ohnmächtig vor Hunger. Der Dei ist auch vor Hunger gestorben. [...] Mama ist nach Heiligenkreuz gegangen. Vielleicht bekommt sie noch ein paar Rüben. Wenn wir nur erst alle unter der Erde wären, dann hätten wir doch Ruhe. Es sieht doch so aus, als wenn es gar nicht mehr anders werden will. Ich merke auch mit jedem Tag, dass meine Kräfte schwinden. Papa sieht auch schon so elend aus. 3. März 1947 – Gestorben sind die Frau Stange, das Kind von Holz, das Kind von Zander, der Mazewski, der Junge von Karel. Alle vor Hunger und Kälte. 8. März 1947 – Es hat noch wieder so geschneit. Ich bin auch ganz am Verzagen. Es wird gesagt, wir sollen rauskommen. Wenn es nur erst so weit wäre. 16. März 1947 – Sonntag. Wir essen unser letztes Süppchen. Ich denke, jetzt ist alles zu Ende. [...] Eben ist die Frau Kuschinski auch vor Hunger gestorben. Jetzt friert es wieder. Es will nicht Frühling werden. [...] Der Dewinske ist auch vor drei Tagen gestorben. Frau Wittke hat ihren Hund geschlachtet. [...] Papa ist noch immer krank. 29. März 1947 – Mama holt Lindenknospen zum Suppekochen. [...] Mir war morgens so schlecht, wenn es nur etwas zu essen gäbe.«



TAGEBUCH VON CHARLOTTE SCHMOLEI

Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad)/Sowjetunion,
1945–1947

Die widrigen Lebensumstände und die Perspektivlosigkeit verstärkten den Wunsch der deutschen Bevölkerung, das Gebiet endgültig zu verlassen. Für Charlotte Schmolei endete das schwere Dasein in Ostpreußen mit ihrer Aussiedlung in die SBZ im November 1947. Sie kam zuerst in ein Lager nach Brandenburg, später nach Berlin. Ins Samland reiste sie nur noch einmal, fast 50 Jahre später, zusammen mit ihrem Mann Emil.

Erstmals durften im Frühjahr 1947 Deutsche aus Königsberg (Kaliningrad) in die SBZ ausreisen. Mehrere Transporte folgten im Oktober und November. Anfang 1948 fasste der Ministerrat der UdSSR den Beschluss, noch im selben Jahr alle verbliebenen Deutschen umzusiedeln. Insgesamt kamen 1947 bis 1948 rund 100 000 Personen in der SBZ an. Viele Menschen hatten jedoch von den Transporten nach Deutschland keine Kenntnis, da sie vor dem Hunger nach Litauen geflohen waren. Dies betraf auch einige Hundert elternlose Kinder und Jugendliche (sogenannte *Wolfskinder*), die in litauischen Pflege- oder Adoptivfamilien untergekommen oder aber ganz auf sich allein gestellt waren. Einige konnten später in organisierten Ausreiseaktionen nach Deutschland ausreisen, anderen gelang dies nicht. Manche zogen es vor, in der Sowjetunion zu bleiben, und beantragten die sowjetische Staatsbürgerschaft.

Verners Starasts wurde 1935 in Insterburg in Ostpreußen als Werner Kascherus geboren. Der Vater kam als Soldat im Krieg um. Seine Mutter arbeitete als Krankenschwester in einem Lazarett, das bei Kriegsende nach Westen evakuiert wurde. Verners blieb bei seiner Großmutter und ihren beiden Schwestern. Gemeinsam flohen sie vor der heranrückenden Front nach Westen, kehrten aber im Mai 1945 nach Insterburg zurück, das inzwischen unter sowjetischer Militärverwaltung stand.

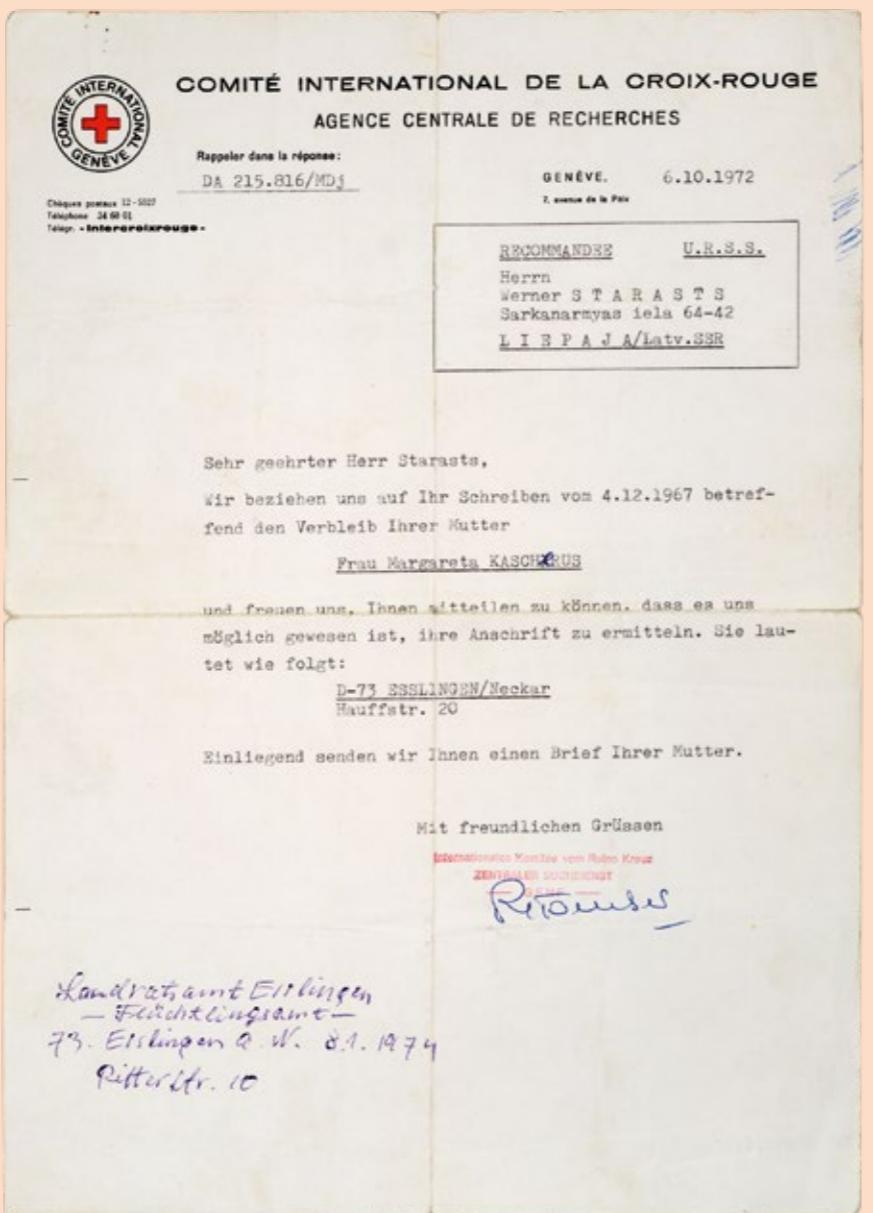
Der zehnjährige Werner und die drei Frauen mussten immer wieder ihre Unterkunft wechseln, ein festes Zuhause fanden sie nicht mehr. Sie lebten in großer Unsicherheit und waren Übergriffen durch sowjetische Soldaten schutzlos ausgeliefert. Am schlimmsten aber war der Hunger: Nacheinander verhungerten die Großmutter und die beiden Großtanten. Die zuletzt Verstorbene musste Werner eigenhändig im Garten begraben.

SCHREIBEN DES ZENTRALEN
SUCHDIENSTES DES INTER-
NATIONALEN ROTEN KREUZES
AN VERNERS STARASTS
Genf/Schweiz, 6.10.1972

Als Wolfskind nach Lettland

Der Junge war nun ganz auf sich allein gestellt. Zusammen mit anderen Kindern schlug er sich zwei Jahre lang irgendwie durch, immer auf der Suche nach etwas Essbarem. Die Kinder waren stark unterernährt, geschwächt und krank, manche starben.

VERNERS STARASTS



VERNERS STARASTS MIT
SEINEM HUND TOBI
Medze/Lettische SSR, 1949



1948 wurde Werner in Insterburg mit anderen Jungen zusammengetrieben und in einen Güterzug gesetzt, der nach Lettland fuhr. Vermutlich wollte man sich der elternlosen Kinder entledigen. Werner kam bei einer Bäuerin unter, der er auf dem Hof half. Da es in Lettland illegal war, Deutsche zu beherbergen, sorgte sie dafür, dass der Junge eine neue, eine lettische Identität bekam: Aus Werner Kascherus wurde Verners Starasts.

In den 1970er-Jahren fand Verners Starasts mithilfe des Roten Kreuzes seine Mutter wieder, die in der Bundesrepublik lebte. 1974 trafen sie sich in Moskau, dreißig Jahre, nachdem sie voneinander getrennt worden waren. Er versuchte mehrmals, zu seiner Familie in die Bundesrepublik auszureisen, hatte jedoch Schwierigkeiten, gegenüber den Bundesbehörden seine deutsche Herkunft nachzuweisen. Er blieb daher in Liepāja (Libau) in Lettland.

Familie Schäfer aus dem kleinen Ort Skrodeln (litauisch Skrodeliai) im Memelgebiet wurde im März 1949 – Sohn Gerd-Helmut war gerade ein knappes Jahr alt – nach Sibirien verschleppt. Etwa 90 000 Menschen aus Estland, Lettland und Litauen widerfuhr dieses Schicksal. Sie wurden als Feinde der Sowjetunion verhaftet und mit der Eisenbahn in entlegene Gebiete gebracht. Unter den Deportierten waren auch Deutsche wie die Schäfers.

Den Schäfers blieb kaum Zeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken. Nach vierzehntägiger Zugfahrt kamen sie im Gebiet Irkutsk an und wurden dort in einer sogenannten Sondersiedlung untergebracht. Die Familie wurde einer Kolchose zugeteilt, in der die Eltern in der Holzwirtschaft arbeiten mussten. Da die Verbannung auf unbestimmte Zeit galt, lebten sie fast ein Jahrzehnt in der Ungewissheit, ob sie Sibirien jemals würden verlassen dürfen. Wie alle Deportierten wurde die Familie der Kommandantur unterstellt, durfte den Wohnort nicht wechseln und musste sich regelmäßig polizeilich melden. Das Leben in Sibirien war sehr hart und entbehrungsreich. Dennoch gelang es den Eltern, wie Gerd-Helmut Schäfer sich später erinnerte, ihrem Sohn eine einigermaßen unbeschwerliche Kindheit zu bieten. Mit sechs Jahren kam der Junge in die Schule, konnte bald besser Russisch als die Eltern und unterstützte sie etwa beim Schreiben russischer Briefe.

Mithilfe einer befreundeten russischen Familie gelang es den Schäfers Ende der 1950er-Jahre, bei den sowjetischen Behörden einen Ausreiseantrag zu stellen. 1958 durften sie endlich in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen.

Die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei

Das Ziel, einen ethnisch homogenen Staat für die tschechische und slowakische Bevölkerung zu schaffen, setzte die Abschiebung der Deutschen wie auch der ungarischen Minderheit voraus.

Die rechtlichen Grundlagen hierfür stellte die tschechoslowakische Exilregierung zu einem großen Teil bereits während des Kriegs her. In den Jahren 1940 bis 1945 erließ Staatspräsident Edvard Beneš auf der Grundlage eines Verfassungskreis insgesamt 143 Verordnungen, die das öffentliche Leben in der wiedererrichteten Tschechoslowakei regelten. Die sogenannten Beneš-Dekrete wurden im März 1946 durch die Provisorische Nationalversammlung rückwirkend bestätigt. Einige der Dekrete bezogen sich konkret auf die deutsche wie auch die ungarische Minderheit im Land und legten den Entzug ihrer Staats-

bürgerschaft und Eigentumsrechte fest. Betroffen waren alle Personen, die nicht nachweisen konnten, dass sie während Krieg und Besatzung aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten. Die repressive Politik gegenüber beiden Minderheiten wurde mit dem Vorwurf illoyalen Verhaltens gerechtfertigt.

Unmittelbar nach Ende des Kriegs setzte die tschechoslowakische Regierung eine Reihe von Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Gang. Die Stimmung in der tschechischen Bevölkerung war grundsätzlich antideutsch. Es herrschte die Überzeugung, dass alle Deut-



FAMILIE SCHÄFER VOR IHREM SELBSTGEBAUTEN BLOCKHAUS

Gebiet Irkutsk/Sowjetunion, 1954



schen für die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 sowie den Terror und die Unterdrückung in der Besatzungszeit verantwortlich gewesen seien. Jahrhundertlang Angst und Ohnmacht wandelte sich vielerorts in Hass gegen alles Deutsche. Zur Steigerung dieser Emotionen trugen Reden der führenden Politiker

wie Präsident Beneš, aber auch die Enthüllung von NS-Verbrechen in den Massenmedien bei.

Ein sichtbarer Ausdruck der Entrechtung war die Pflicht zum öffentlichen Tragen einer Armbinde oder eines Abzeichens mit einem N für Němec (»Deutscher«).

PRÄSIDENT EDWARD BENEŠ BEIM UNTERZEICHNEN VON DEKRETN
Prag (Praha)/Tschechoslowakei, 2.8.1945

Die Kennzeichnung machte viele Deutsche zur Zielscheibe für Demütigungen, Misshandlungen und im Extremfall sogar Mord.

Die tschechoslowakische Exilregierung hatte bereits 1942 und 1943 von den Alliierten die grundsätzliche Zustimmung zur Zwangsaussiedlung der Deutschen erhalten. Nun setzten sich alle politischen Kräfte im Land für eine schnelle Abschiebung einer möglichst großen Anzahl ein. Die Westmächte sollten damit noch vor dem geplanten Treffen in Potsdam vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Sowjetunion unterstützte diese Vertreibungspläne. Von Frühjahr bis Herbst 1945 wurden schätzungsweise 700 000 Deutsche von der tschechoslowakischen Armee sowie verschiedenen paramilitärischen Einheiten in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und nach Österreich vertrieben. Ihr Eigentum wurde vorher konfisziert.

Die *wilden Vertreibungen* waren vielfach von massiver Gewalt begleitet. Auch Erschöpfung, unzureichende Versorgung und Krankheiten führten zu vielen Todesfällen. Die Deutsch-Tschechische Historikerkommission kam 1996 überein, dass die Vertreibungsverluste mit mindestens 16 000, höchstens aber 30 000 Todesopfern anzusetzen seien. Situativ kam es zu regelrechten Exzessen mit einer hohen Zahl an Opfern, so etwa beim sogenannten Brünner Marsch, der in deutschen Quellen und Publikationen auch als *Brünner Todesmarsch* bezeichnet wird. Rund 20 000 Deutsche, vor allem Frauen, Kinder, arbeitsunfähige Personen sowie Männer über 60 Jahre, wurden Ende Mai 1945 aus Brünn (Brno) und Umgebung zu Fuß Richtung Österreich getrieben. Nur ein Teil der zum Marsch gezwungenen Personen überschritt tatsächlich die österreichische Grenze. Der Großteil blieb in Südmähren

zurück und wurde in einem improvisierten Lager in Pohrlitz (Pohořelice) sowie in Nachbargemeinden untergebracht. Bis Mitte Juli starben auf tschechoslowakischem Gebiet rund 700 Menschen – hauptsächlich an den Folgen einer Ruhrepidemie. Auf österreichischem Territorium kamen mutmaßlich etwa 1000 Personen durch Entkräftung und Krankheiten ums Leben. Die Gesamtzahl der Opfer ist nicht bekannt.

»VIELFACH NOCH IN FAMILIENBESITZ«

Andrea Kamp
Kuratorin

»ABER ICH TRUG DAS N NICHT.«

Christine Rösch
Musste als 16-Jährige das Zeichen N tragen

»INSTRUMENT UND SYMBOL«

Volker Zimmermann
Historiker



ARMBINDE VON HERMINE SPRINZ

Senftenberg (Žamberk)/Tschechoslowakei, 1945

Hermine Sprinz musste diese Armbinde bis zu ihrer Zwangsausweisung im Sommer 1946 tragen.

ALOISIA PARSC (MITTE) MIT IHREN KINDERN ERNST UND CHRISTINE

Neutitschein (Nový Jičín)/Tschechoslowakei, April 1945

Ein Jahr von den Kindern getrennt

Aloisia Parsch lebte 1945 mit ihren Kindern Ernst und Christine in Neutitschein (Nový Jičín) in Mähren. Ihr Mann Benno war ein Jahr zuvor als Soldat umgekommen. Am 4. Juli wurde Aloisia Parsch völlig überraschend auf dem Heimweg von tschechischen Männern aufgegriffen und in ein Lager gebracht. Die 42-jährige Frau wusste nicht, was mit ihr geschehen würde, und machte sich große Sorgen um ihre Kinder. In der Nacht musste sie mit Tausenden anderen Deutschen in die fast zehn Kilometer entfernte Stadt Zauchtel laufen. Dort wurden alle in einen Güterzug gesetzt und Richtung Deutschland transportiert. An der Grenze angekommen, ging es zu Fuß weiter nach Sachsen. Aloisia Parsch gelangte so nach Pirna, wo sie im völlig überfüllten Aufnahmelaager Sonnenstein unterkam. Nachts musste sie im Sitzen auf einem Stuhl schlafen.

Im Herbst zog sie weiter nach Thüringen, ohne Nachricht von ihren Kindern zu haben. Ernst und Christine waren noch immer in Neutitschein. Erst im Februar 1946 traf ein Brief von ihrer Mutter ein, in dem sie die Kinder aufforderte, nach Deutschland zu kommen. Im März trafen die Geschwister mit einem Vertriebenentransport in Bayern ein. Doch erst im Juli, ein Jahr nach der Trennung, sahen sie ihre Mutter wieder.



ALOISIA PARSC

Die Erinnerung an die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg gehört zum kulturellen Gedächtnis der Deutschen.

Sie ist präsent in Denkmälern und Straßennamen, in Ausstellungen, in der Literatur und in der medialen Verbreitung durch Film oder Fotografie. Einen zentralen öffentlichen Ort der Erinnerung an Flucht und Vertreibung zu errichten, war in Deutschland lange Zeit ein geschichtspolitisch umstrittenes Unternehmen. Es fand seinen Abschluss im Juni 2021 mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Ein Teil der Ständigen Ausstellung setzt sich mit der Erinnerung an Flucht und Vertreibung auseinander und zeigt, wie offizielles Gedenken praktiziert wird, wie die Erinnerungspraxis innerhalb von Gruppen funktioniert und wie persönliche Geschichten und Erfahrungen in den Familien weitergegeben werden.

BLICK IN DIE VITRINE

Historische Alltagsobjekte aus der aufgelösten Altvater-Heimatstube (Sudetenland, heute Tschechien) in Gärtringen, Baden-Württemberg.

Der feststehende Doppelbegriff *Flucht und Vertreibung*, der sich in seiner Bedeutung einer Übersetzung in eine andere Sprache weitgehend entzieht, benennt in Deutschland die Zwangsmigration von rund 14 Millionen Deutschen kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs (Flucht) sowie in der Zeit danach, ob als unmittelbare Vertreibung oder als erzwungene Aussiedlung auch Jahre später. Darüber hinaus, und das ist das Besondere, hat sich *Flucht und Vertreibung* als ein Erinnerungskomplex manifestiert. Damit ist die Gesamtheit offizieller wie privater Formen der Erinnerung gemeint. Mit wachsendem Abstand zum historischen Ereignis läuft dieser – kritisch gesehen – Gefahr, durch ständige Wiederholung den Zustand einer

stagnierenden Vergangenheitserzählung anzunehmen. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die gesellschaftliche Erinnerungskulturen seit vielen Jahren erforscht, warnt, dass eine solche Stagnation des Erinnerns sich dem Wissen, das aus lebendigen Erfahrungen bestehe, entgegenstelle.

Der Erinnerungskomplex Flucht und Vertreibung gab auch Anlass zur Kritik aufgrund seiner langjährigen engen Verbindung zur Politik. Im Konflikt der Generationen über die Erinnerung an den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die Frage nach der deutschen Schuld spielte die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen eine zentrale Rolle.

Ersatzheimaten

Zweifellos haben die Erfahrungen von Heimat- und Besitzverlust und die damit oft verbundene Gewalt viele Familien in Deutschland nachhaltig geprägt. Von der Erinnerung an Flucht und Vertreibung sind drei Generationen betroffen, die jeweils andere Perspektiven auf das Thema entwickelten und teilweise kontrovers aufeinanderstießen. Während sich die erste Generation der unmittelbar Betroffenen weitgehend kollektiv als Opfer betrachtete, sahen viele Angehörige der Nachfolgegeneration

Flucht und Vertreibung kritischer und stärker im Kontext der deutschen Schuld am Angriffs- und Vernichtungskrieg. Dies mag zwar in erster Linie für die Bundesrepublik seit den 1970er-Jahren gelten, denn in der DDR galt das Postulat des Antifaschismus, das den Menschen die moralische Mitverantwortung für den Nationalsozialismus und die davon ausgehende Gewaltterrschaft nahm. Ein gesamtdeutsches Phänomen besteht seit den 1990er-Jahren darin, dass die Enkelgeneration das Schicksal

ihrer Großeltern wieder neu entdeckte. Seither wächst das Interesse sowohl für die Kulturen der Herkunftsregionen der deutschen Vertriebenen als auch für ihre Erlebniswelt und Traumata.

Die ersten Bundesregierungen in den 1950er-Jahren waren darauf bedacht, einer gesellschaftlichen Gruppe mit der bedeutsamen Größe von etwa acht Millionen nicht nur auf der Ebene der wirtschaftlichen Eingliederung in der Gegenwart ein überzeugendes Angebot zu machen, sondern

auch ihrer Vergangenheit zu gedenken. Die Anerkennung der Herkunft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen war von Anfang an ein wichtiges Element der bundesrepublikanischen Integrationspolitik zur Förderung eines neuen Miteinander und zur Pflege einer gemeinsamen Erinnerungskultur. Das *Bundesvertriebenengesetz* von 1953 griff mit seinem sogenannten *Kulturparagrafen* (§ 96) diesen Ansatz auf. Seinen Verfassern ging es darum, das Kulturgut aus den Herkunftsgebieten im Bewusstsein der Vertriebenen, aller Deutschen und sogar im Ausland wach zu halten. Diese Funktion erfüllt es bis heute.

Die Erinnerungspflege setzte bereits sehr früh nach der Gründung der Bundesrepublik ein. Bis heute zeigen sich an vielen Orten im Gebiet der alten Bundesrepublik öffentliche Hinweise an Flucht und Vertreibung. In nahezu jeder größeren Gemeinde wurden Straßen nach Städten und Regionen benannt, aus denen Vertriebene stammten. Mehr als 500 Denkmäler erinnern an den Heimatverlust in Dörfern und Städten, auf öffentlichen Plätzen und Friedhöfen und in der Landschaft. Die meisten Denkmäler wurden im Zeichen der frühen bundesdeutschen Erinnerungspolitik in den 1950er- und, im Zuge einer weiteren Erinnerungs-

welle, in den 1980er-Jahren eingeweiht. Sie erhielten verschiedene Formen und Gestaltungen, als Kreuze, Skulpturen, behauene oder naturbelassene Steine. Ein Beispiel für ein frühes Denkmal befindet sich auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, wo 1955 eine Ewige Flamme entzündet wurde. Der Platz wurde seither zu einem wichtigen Versammlungsort der Vertriebenenverbände für das jährliche Gedenken an Flucht und Vertreibung, auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990.



ERINNERUNG AN DIE OPFER DER VERTREIBUNG UND MAHNMAL GEGEN DEN KRIEG IN DER KIRCHE ST. MARIEN

Lübeck/Deutschland, 2021

Das 1951/52 gestaltete große Fenster in der Gedächtniskapelle im Südturm der Kirche St. Marien zu Lübeck zeigt Wappen und Namen von Städten, Ländern und Provinzen aus den Herkunftsgebieten der deutschen Vertriebenen hinter zerborstenen Glocken der 1942 zerstörten Kirche.



SCAN
ME

FOTOSERIE ZU
VERTRIEBENENDENKMÄLERN
IN DEUTSCHLAND

Ein Schlüsselphänomen in der Erinnerungspraxis der Bundesrepublik sind die ostdeutschen *Heimatstuben*, ehrenamtlich geführte Privatmuseen organisierter Vertriebener. Etwa 600 wurden in einem Zeitraum von 60 Jahren gegründet, besonders in den 1950er- und 1980er-Jahren. Mit dem Sammelbegriff *ostdeutsch* waren alle Herkunftsregionen von Deutschen vor 1945 gemeint, auch wenn einige dieser Gebiete nie zu Deutschland

gehörten. Nach 1990 kam es in den neuen Bundesländern zu den letzten Gründungen. Die Vertriebenen sammelten in ihren *Heimatstuben* Alltägliches, das sie an ihr ehemaliges Zuhause erinnerte. Dies konnten Arbeits- und Wohngegenstände sein, darunter solche, die alte Traditionen und Bräuche sowie religiöse Praktiken dokumentierten. Diese Erinnerungsobjekte halfen, den Heimatverlust zu bewältigen. Mit ihnen pflegten Sammlerinnen und

HANDGEARBEITETE HAUBE EINER TRACHT DER WISCHAUER SPRACHINSEL IN SÜDMÄHREN

Südmähren/Tschechoslowakei, vor 1945

Die Haube befand sich im Gepäck einer Familie, die 1945 nach Bayern vertrieben wurde. Sie wird bis heute für Trichtenschauen und Auftritte einer Tanzgruppe genutzt.

Sammler, aber auch die Besucherinnen und Besucher der *Heimatstuben* ihre Vorstellungen von einem Leben in Frieden und Wohlstand, einem Alltag in stabiler und vertrauter Umgebung, der ihnen gewaltsam genommen worden war. Daher trafen sich die Vertriebenen gleicher Herkunftsregionen dort regelmäßig, arrangierten Räume mit Erinnerungsgegenständen zu kleinen Ausstellungen oder trugen Informationen über die verlassenen



MITGLIEDER DER GEMEINSCHAFT

WISCHAUER SPRACHINSEL AUS AALEN

München/Deutschland, 2016

Die Gemeinschaft setzt sich für die Verbreitung des Kulturguts der ehemaligen Bewohner der Wischauer Sprachinsel in Mähren ein. Das Foto zeigt die Gruppe kurz vor ihrer Aufstellung für den Festzug des Münchner Oktoberfestes.

Auch in anderen neu gegründeten Gemeinschaften fanden viele Vertriebene in der Bundesrepublik über Jahrzehnte einen Zusammenhalt. Heimatkreisvereine versammelten Trachten- und Tanzgruppen und hielten die Pflege alter Handwerkskünste wie das Stickern und Klöppeln aufrecht. Inwieweit die Kulturpflege der vertriebenen Deutschen auch die einheimische Bevölkerung erreichte, ist schwer zu sagen. Vielen der Vertriebenen galten die *Heimatstube*, der Heimatverein oder private Treffen mit Menschen aus denselben Herkunftsregionen als wichtige Räume, um sich in der neuen Heimat zurechtzufinden. Sie erfüllten die Funktion institutionalisierter oder persönlicher Ersatzheimaten.

Heimatorte und ihre Bewohner in sogenannten *Heimatkarteien* zusammen. Den politischen und gesellschaftlichen Alltag im Nationalsozialismus, Repressionen gegenüber jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn oder gegen Andersdenkende blendete man dabei zumeist aus. Auch wenn *Heimatstuben* inzwischen nicht mehr zeitgemäß wirken, so waren sie doch über Jahrzehnte für die Vertriebenen wichtige Orte, um Traditionen und Identitäten zu bewahren.



ALTARKREUZ SCHLESISCHER VERTRIEBENER

MIT DER AUFSCHRIFT »HERR GIB UNS DIE HEIMAT WIEDER«

Ort und Jahr unbekannt

Der Wunsch nach einer historischen Identität konnte jedoch auch zu tiefgreifenden Familienkonflikten führen, wenn die heranwachsenden Kinder ihre Eltern dafür kritisierten, sich nicht den veränderten Verhältnissen der Gegenwart anzupassen. In anderen Familien wiederum dominierte das Schweigen über die Vergangenheit, manchmal weil Verdrängung die beste Strategie zum Weiterleben war, manchmal weil die Betroffenen Kriegsende, Flucht oder Vertreibung als Kind erlebt hatten und es ihnen schwer viel, die Emotionen später in

Worte zu fassen. Die tiefe Verstörung jedoch blieb und trug in vielen Fällen zu einer inneren Heimatlosigkeit bei.

Ein anschauliches Beispiel von persönlicher Erinnerung an den Heimatverlust ist die Geschichte von Margarete Löhning. Neben unzähligen Fotoalben und Aufzeichnungen hütete sie eine kleine Sammlung von Scherben und Steinen, die sie in den 1990er-Jahren von ihren Heimatreisen aus Nordböhmen mitbrachte. Der Ort Ebersdorf, wo sie bis 1945 als Lehrerin gearbei-

tet hatte, existiert heute nicht mehr. Von dort stammen die Mitbringsel, die sie in einer sorgfältig beschrifteten Plastiktüte aufhob. Mit ihrem Tod wären diese Steine wie in vielen anderen Fällen vielleicht in einer Haushaltsauflösung verschwunden. Doch die Tochter bewahrte die Erinnerungsstücke auf. Die letzten Gespräche, die Margarete Löhning vor ihrem Tod mit ihrer Tochter geführt hatte, ließen erkennen, dass die Steine in der Plastiktüte eine unvergleichbar wichtige persönliche Bedeutung für die Mutter hatten.

IN EINER TÜTE GESAMMELTE STEINE UND SCHERBEN
AUS NORDBÖHMEN VON MARGARETE LÖHNING

Habartice u Krupky/Tschechien, 1992





FLÜCHTLINGSLAGER ZAATARI

Jordanien, 2019

Neue Herausforderungen und globale Krisen

Die Geschichte der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zeigt, dass Erinnerungen an historische Ereignisse einem ständigen Wandel unterliegen. Die jüngeren globalen Krisen haben die Sichtweisen auf Flucht und Vertreibung erneut verändert und auch die Ausgestaltung des Dokumentationszentrums und seiner Ständigen Ausstellung beeinflusst.

Anfang des Jahres 2011 erfasste eine breite Protestwelle, der sogenannte Arabische Frühling, den Nahen Osten. In fast allen Ländern der Region kam es zu spontanen Demonstrationen.

Menschen forderten mehr soziale Gerechtigkeit, Zugang zu Bildung, Rechtsstaatlichkeit sowie Mitbestimmung, Maßnahmen gegen Korruption und das Ende despotischer Willkür. Die europäische Sicht auf diese Entwicklung war zwiegespalten. Zum einen hatte Europa viele der nun unter Druck geratenen Regime politisch gestützt. Zum anderen waren mit den Anfängen des Arabischen

Frühlings hohe Erwartungen verbunden, weil die Bewegung Assoziationen mit der Friedlichen Revolution im Jahr 1989 und den damaligen Veränderungen im östlichen Europa weckte.

Aber die Proteste im Nahen Osten zogen andere Entwicklungen nach sich als seinerzeit in Europa. In den meisten Ländern wurden – wenn auch oft nur oberflächliche – Reformen durchgeführt. In Syrien, Libyen, im Jemen und im Irak allerdings kam es zu gewaltsauslösenden staatlichen Repressionen, die in Bürgerkriege mündeten.

Diese Konflikte haben sich zusätzlich durch die Intervention regionaler und internationaler Akteure verschärft und halten bis heute an. Das Machtvakuum zerfallender Staaten haben Dschihadistinnen und Dschihadisten von al-Qaida und vom Islamischen Staat (IS) genutzt, um ihre Herrschaft auszuweiten und weltweit Terroranschläge zu organisieren. Millionen Menschen sind bisher aus ihrer Heimat geflüchtet. Bis heute gibt es riesige Flüchtlingslager in der Türkei, in Jordanien und im Libanon.

Aufgrund des Kriegs in Syrien stieg die Zahl der Flüchtlinge 2015 nochmals deutlich an. Die Flucht über das Mittelmeer in überfüllten Booten führte immer wieder zu Schiffsunglücken und vielen Toten. Im selben Jahr war die Versorgungslage der Menschen auf der Balkanroute katastrophal, weil Ungarn seine Grenzen weitgehend abriegelte. Im September 2015 verschärfte sich die humanitäre Situation der Flüchtlinge am Budapester Ostbahnhof so sehr, dass sich Hunderte zu Fuß über die Autobahn

auf den Weg Richtung Österreich machten, um nach Deutschland zu gelangen. In der Nacht vom 4. zum 5. September 2015 entschied die Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Rücksprache mit ihrem österreichischen Amtskollegen Werner Faymann, die Menschen nicht gewaltsam aufzuhalten, sondern in Deutschland aufzunehmen. Bereits am 31. August 2015 hatte sich Merkel in einer Bundespressekonferenz an die Öffentlichkeit gewandt, um ihre Haltung zu erklären: »Ich sage ganz einfach:



EIN SYRISCHER FLÜCHTLING FOTOGRAFIERT SICH MIT BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL

Berlin/Deutschland, 10.9.2015

Der Ausspruch »Wir schaffen das!« sorgte für Beifall und Kritik. Im Jahr 2015 wurde insgesamt ein historischer Höchststand von 476 649 Asylanträgen (Erst- und Folgeanträge) registriert. In Deutschland waren damals große Teile der Gesellschaft bereit, sich für Geflüchtete zu engagieren. Die Frage, ob und wie die Aufnahme so vieler Menschen gelingen könne, bestimmte in unterschiedlicher Form die öffentlichen Debatten.



FLÜCHTLINGE HARREN VOR DER ABGERIEGELTEN
TÜRKISCH-GRIECHISCHEN GRENZE AUS.

Edirne/Türkei, 20.2.2020

Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. Der Bund wird alles in seiner Macht Stehende tun – zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen –, um genau das durchzusetzen.⁴

Da die hohe Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu einer zeitweisen Krise in der Verwaltungs- und Infrastruktur führte, wurden zeitgleich politische Kontroversen über den Schutz der europäischen Außengrenzen, einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik und Asylobergrenzen geführt. In vielfältiger Weise fanden diese Diskussionen auch in künstlerischen Auseinandersetzungen ihren Widerhall. Im Jahr 2017 stand die *documenta* in Kassel, eine der bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst, unter dem Eindruck dieses Themas.

⁴ Vgl. Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel, 31.8.2015, <http://www.bundesregierung.de/-848300>; siehe auch http://www.youtube.com/watch?v=5eXc5Sc_rnY#t=13m02s, Zugriff: 22.9.2023.

Der in Nigeria geborene Künstler Olu Oguibe stellte mitten auf dem Kasseler Königsplatz einen Obelisken auf. Mit seinem Monument wollte er dazu auffordern, Geflüchtete aufzunehmen. Auf den Seiten des Obelisen war auf Englisch, Arabisch, Türkisch und Deutsch ein Vers aus dem Matthäus-Evangelium eingemeißelt: »Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt«.⁵

⁵ Bibel, Mt 25,35.

Nach der *documenta* wurde in der Stadt ein erbitterter Streit über den Verbleib des Werkes geführt. Viele Bürgerinnen und Bürger sprachen sich dafür aus, den Obelisen am zentralen Platz der Stadt stehen zu lassen, andere lehnten die Botschaft des Kunstwerks ab und verlangten den Abbau. Nach langen Diskussionen im Stadtrat entschied der Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle sich für einen Wiederaufbau in der Treppenstraße, einem weitaus weniger zentralen Ort in der Stadt Kassel.

Die Geschichte des Obelisen von Olu Oguibe ist nur ein Beispiel, das eine starke Polarisierung im Hinblick auf das Thema Flucht und Vertreibung in der deutschen Gesellschaft verdeutlicht. Und das gilt ähnlich für viele europäische Länder. Zwar entscheiden in der Europäischen Union 27 Staaten gemeinsam über die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Das Thema wird aber bis heute weiterhin in nationalstaatlichen und somit hauptsächlich innenpolitischen Logiken behandelt. Dabei ist eine Abschwächung der globalen Krisen nicht abzusehen. Tiefgreifende politische, soziale und religiöse Konflikte im Nahen Osten haben bis heute gespaltene Gesellschaften hinterlassen. Die dort geführten Bürgerkriege sind jedoch nicht nur Ursache für Fluchtbewegungen. Sie haben auch verdeutlicht, dass die Unterstützung oder Ablehnung der Regime auf Grundlage inter-

nationaler militärischer und sicherheitspolitischer Überlegungen getroffen werden. Russlands militärische Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien legte beispielsweise offen, dass geopolitische Aspekte und die Suche nach neuen Bündnissen eine Rolle spielen und die Sicherheitspolitik Europas neu herausfordern werden. Spätestens nach dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde klar, dass die europäische Sicherheits- und Friedensordnung auf längere Zeit erschüttert ist. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind nun durch den Krieg zur Flucht gezwungen. Auch Deutschland hat bisher knapp über eine Million Menschen aufgenommen.

Die Frage, wie sich die Herausforderungen, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen einhergehen, bewältigen lassen, wird bleiben. Eine weitere Aufgabe wird sein, den unterschiedlichen und vielleicht auch gegensätzlichen Erinnerungen und Fluchtgeschichten der hier ankommenen Menschen Raum zu geben und empathisch zu begegnen. Nicht ohne Grund verbindet die Ständige Ausstellung im Dokumentationszentrum die Vergangenheitserzählungen der Deutschen mit den Erfahrungen anderer von Zwangsmigration Betroffener. Während die deutsche Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung allmählich verschwindet, erinnert die zweite und dritte Generation mit erwei-

terten Perspektiven und aktuellen Bezügen an das historische Geschehen. Auch sie werden sich den verändernden weltpolitischen Zusammenhängen stellen und eigene Vorstellungen von Erinnerungskultur entwickeln.

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort, der sich den Ursachen, Erscheinungen und Folgen von Zwangsmigration in Europa seit Beginn des 20. Jahrhunderts widmet. Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen im Kontext des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Politik bilden den Schwerpunkt. Der reich bebilderte Katalog ermöglicht einen empathischen Rundgang durch die Ständige Ausstellung: Filme, Tonspuren, Karten und Fotografien sind über QR-Codes abrufbar.